Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten ic. bez. 20 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897

Konfirmanden-Anzüge von 15 Mk. an. Grosse moderne Auswahl und nach Maass beim **Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.**

Photographische **Apparate** in reichster Auswahl bei **Emil Wünsche** Moritzstr. 20 (Nähe der Maximilians-Allee). Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Vornehme Tapeten von dekorativer Wirkung, sowie Original-Tapeten der ersten englisch. Fabriken empfehlen Tapetenhaus **F. Schade & Co.** Victoriastr. 2

Putz- und Mode-Magazin **J. M. Korschatz** Hoflieferant **6 Altmarkt 6** Gegründet 1843 **Stroh- und Filzhutfabrik** bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Reine alte Kornbranntweine (Spezialität). **ff. alter 1860er Korn** in Originalflaschen. Dresdner Presshefen- und Kornspiritus-Fabrik sonst J. L. Bramsch, Friedrichstrasse 52, Wilsdruffer Strasse 35.

„Perfectio“, Dr. med. Wollermann's Patent-Bruchband, unerreicht an Sitz u. Wirkung u. ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei **M. H. Wendschuch sen., Marienstr. 22**

Nr. 77. Spiegel: Sächsische Wahlrechtsreform. Hofnachrichten. Gewerbeverein. Handwerkerverein. Meißner Dom. Gerichtsverhandlungen. Sinfonie-Concert der Königl. Kapelle. | **Donnerstag, 18. März.**

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

zweite Vierteljahr 1897

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Reulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Noch vor Anfang des neuen Vierteljahres beginnen wir in der Belletristischen Beilage mit dem Abdruck des Romans

„Der Büttnerbauer“

von

Wilhelm von Polenz.

Ueber diesen, „dem deutschen Nährstande gewidmeten" Roman lassen wir hier folgende **Urtheile der Presse** folgen:

Kunstwart: Das vorliegende Buch bringt nicht allein das beste Werk Wilhelms von Polenz, sondern einen der besten Romane der modernen deutschen Litteratur überhaupt.

Universum: Die große Frage der Agrarbewegung, das unaufhaltsame unaufhörliche Sinken, schuldlose Verkommen des guten alten Bauernstandes bis zur fast völligen moralischen Zerrüttung seiner jüngsten Generation, das ist es, was uns der Verfasser in einer erbarmungslos wahrheitsgemäßen Schilderung mit fast dramatischer Kunst vor Augen führt. Jeden denkenden Staatsbürger muß das Buch ergreifen und erschüttern, mit einem neuen Zugrimm erfüllen, daß es so ist und so weit kommen durfte und mußte. W. v. Polenz tritt mit diesem Werke einen Riesenschritt heraus aus der Masse moderner Schriftsteller. Fast möchte man sagen, das Buch gehört auf den Arbeitstisch der Männer und nicht in den Salon. Nur mit voller Hochachtung für des Verfassers künstlerisches Streben und Können wird man das Buch aus der Hand legen.

Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung: Ein Zeit-Roman „dem deutschen Nährstande gewidmet". Er schildert in dem alten Büttnerbauern den tragischen Untergang des deutschen Bauernstandes, in den Büttnerschen Söhnen und Töchtern die Proletarisirung der bäuerlichen Nachkommenschaft. Die große Noth der Zeit schaut mit verzweifeltem Blicke aus diesen Lebensschicksalen und Zuständen, die der Verfasser, wie kein anderer lebender Dichter, kennt, begreift und darstellt. Ich wüßte diesen Romane nur Gustav Freitag's „Soll und Haben" zu vergleichen.

Die am 1. April **neu hinzutretenden Leser** erhalten nach Einsendung des Empfangscheines für die Bezugsgebühr an die Geschäftsstelle in Dresden die Belletristischen Beilagen, in denen bis zum 1. April der Anfang des obengenannten Romans zum Abdruck gelangt sein wird, **kostenfrei** zugesendet.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“, Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Sächsische Wahlrechts-Reform.

Dem Vortrage, den kürzlich Herr Landtagsabgeordneter Justizrath Opitz-Treuen im Konservativen Verein zu Leipzig über die sächsische Wahlrechtsreform gehalten hat, entnehmen wir nachfolgende Ausführungen.

In keinem der deutschen Staaten hat die Gefährdung von Staat und Gesellschaft durch die Sozialdemokratie eine drohendere Gestalt angenommen, als in unserem engeren Vaterlande. Sachsen ist das industriell entwickeltste Land unter den deutschen Staaten. Von den Erwerbsthätigen gehören in Sachsen ca. 70 Prozent der Industrie und dem Handel an. Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß im Schooße unseres engeren Vaterlands die Wehen der sozialen Bewegung am ersten und am heftigsten aufgetreten sind. Wie unser Sachsen das Land gewesen, in dem zuerst die Sozialdemokratie als Partei aufgetreten ist, nach dem sich ein Bebel, ein Liebknecht, ein Vollmar gewendet, so hat auch Sachsen zuerst sozialdemokratische Vertreter in seinem Volksvertretungskörper gesehen, hat es gegenwärtig die meisten sozialdemokratischen Vertreter in der Kammer und sendet unter den deutschen Ländern die meisten in den Reichstag. Im Laufe des letzten Jahrzehnts aber hatten sich die Verhältnisse in dieser Beziehung immer drohender gestaltet, ja so drohend, daß die Zeit abzusehen war, wo die Sozialdemokratie in unserem Volkshause die ausschlaggebende Partei zu werden drohte. Schon im letzten Jahrzehnt war die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in überraschenden Verhältnissen gestiegen, noch viel mehr würde dies bei den nächsten Wahlen der Fall gewesen sein. Denn namentlich in den städtischen Wahlkreisen waren die sozialdemokratischen Minoritäten im letzten Jahrzehnt so angewachsen, daß sie voraussichtlich schon bei den nächsten Wahlen sich in Majoritäten verwandelt haben würden. Bei gleichem Wachsthum würden in einigen Jahren nur wenige städtische Wahlkreise noch im Stande gewesen sein, Vertreter der Ordnungsparteien bei den Wahlen durchzubringen. Es mußte also bei dem mangelnden politischen Verständniß, das die Massen der Wähler bekundet, mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß unser in Bezug auf Wohlstand, Fortschritt und Ordnung seiner Verhältnisse musterhaft dastehender, von allen beneideter Staat in seiner Verwaltung und der Entwickelung seiner Industrie lahmgelegt und einer Hand voll Leute ausgeliefert werde, von deren Geschick, eine Gesellschaft zu leiten, die Vorgänge auf dem Züricher und dem Londoner Kongreß uns einen ungefähren Vorgeschmack gegeben haben. Ein eindringliches Videant consules war es daher, das diese Lage der Regierung und den Ständen zurief.

Nun würde es gewiß das kürzeste und gründlichste Mittel sein, um die Massen von ihrer ebenso kindischen als gefährlichen Spielerei mit dem Zukunftsstaat zu kuriren, wenn man ihnen Gelegenheit gäbe, durch die Regierung des Staates einmal ihre Befähigung auf diesem Gebiete zu zeigen. Leider würde nun eine solche Heilung mit nichts Geringerem als mit der Vernichtung des Wohlstands und aller Errungenschaften der Kultur auf ein halbes Jahrhundert hinaus erkauft werden, und dieser Preis wäre denn doch zu theuer. Es blieb also nichts übrig, als den Hebel bei dem Punkte einzusetzen, wo die Gefahr sich am drohendsten zeigte, auf dem Gebiete des Wahlrechts. Nicht die Eingebung einer augenblicklichen politischen Strömung; noch viel weniger sogenannte reaktionäre Gelüste waren es also, die eine Eindämmung des so mißbrauchten Wahlrechts hervorgerufen haben, sondern einfach der Zwang der Verhältnisse, einfach die Wahl, ob Preisgabe des Staates und der Gesellschaft, oder Sicherung von Ordnung und Wohlstand unter Zurückziehung gewisser gegen Staat und Gesellschaft frivol ausgebeuteter Rechte? Gereift wurde der Entschluß, als die sozialdemokratischen Vertreter in der Zweiten Kammer sich nun gar im letzten Landtag die dreiste Herausforderung leisteten, es solle das bestehende Wahlrecht beseitigt und ein allgemeines Wahlrecht unter Aufhebung jedes Census und sogar unter Erstreckung auf die Frauen eingeführt werden. Unter den obwaltenden Verhältnissen war dieser Antrag ein dem Staate offen hingeworfener Fehdehandschuh, war es ein eklatanter Beweis für den herausfordernden Uebermuth der sozialdemokratischen Führer, indem sie durch diesen Antrag zu erkennen gaben, wie ihnen die gegenwärtigen Wahlverhältnisse nicht einmal genügten, wie es ihnen noch zu wenig war, daß sie in kaum einem Jahrzehnt schon die ausschlaggebende Partei in der Zweiten Kammer sein sollten: die Gewalt sollte ihnen noch früher, sollte ihnen womöglich schon jetzt ausgeliefert werden! Auf diese kecke Herausforderung war die einzig richtige Antwort, daß man that, wozu auch ohnedies die Verhältnisse mit Nothwendigkeit drängten, daß man dem sozialdemokratischen Antrag auf allgemeines Wahlrecht von Seiten der Ordnungsparteien mit dem Antrag auf Einschränkung des Wahlrechts in einer die fernere gedeihliche Regierung des Staates ermöglichenden Weise beantwortete. Hierzu gab es nun allerdings die verschiedensten Wege. Es konnte in Betracht kommen eine Erhöhung des Census im Wahlrecht nach Ständen, oder das sog. Pluralsystem, oder ein Proportionalwahlrecht ic., und innerhalb jedes dieser Systeme boten sich wieder die verschiedensten Modalitäten. Es war unter solchen Umständen kein Nachtheil, sondern geradezu ein Glück zu nennen, daß man überhaupt nicht Zeit hatte, die wie Pilze in das Kraut schießenden Vorschläge mit behaglicher Breite und mit der uns Deutschen ja von früher anhängenden Zerfahrenheit zu berathen. Die Verhältnisse drängten auf einen raschen Entschluß, und hierbei kam es als durchaus willkommener Umstand entgegen, daß man in dem großen Nachbarstaat Preußen einen Vorgang auf dem Gebiete des Wahlrechts hatte, der eine ebenso lange Geltungsdauer als die Bewährung durch die Erfahrung für sich hatte. Gegenüber dem Hinweis, daß Preußen unter seinem Dreiklassenwahlsystem zum ersten Staate Deutschlands geworden, daß Preußen sich der blühendsten Finanzen erfreut, daß es Provinzen aufweist, die in Bezug auf Industrie Sachsen an die Seite treten können, gegenüber diesem Hinweise mußte jeder Einwand verstummen, daß das preußische Wahlsystem für Sachsen unmöglich sei oder irgendwelchem Fortschritte hindernd in den Weg treten werde. Es war also das Gegebene, dieses System dem neuen sächsischen Wahlgesetze zu Grunde zu legen. Dabei konnte man selbst dem Verlangen nach Verallgemeinerung des Wahlrechts entgegenkommen, insofern man auch den bisherigen niedrigen Census von 3 Mk. noch fallen ließ. Die Verblüffung der Herren von der Sozialdemokratie war allerdings für den ersten Augenblick keine geringe, als sie sahen, wie der Pfeil, den sie gegen die Sache der Ordnung abgeschnellt, auf sie selbst zurückkehrte. Das dauerte aber nicht lange, denn bald hatten sie die Sprache wiedergefunden und donnerten nun mit voller Lungenkraft von ihren Sitzen in der Kammer gegen den Antrag der Ordnungsparteien los, entfesselten sie ihre ganze Presse gegen das verruchte, freiheitsmörderische Vorgehen der Ordnungsparteien, suchten sie in Vereinen und Versammlungen das Volk mit leidenschaftlichen Reden gegen den Antrag aufzureizen und Adreßstürme zu entfesseln. „Das Volk mit uns, mit uns der Sieg" schloß einer der sozialdemokratischen Führer, mehr selbstbewußt, als von der wahren Stimmung des Volkes unterrichtet, in der Kammer seine Rede. Die Führer täuschten sich indessen diesmal in den Massen. Die Massen wurden nicht warm, die Leidenschaften, auf die man spekulirte, blieben aus, und obwohl in schwer begreiflicher Verblendung auch die Antisemiten noch ihren ganzen Einfluß mit dem der sozialdemokratischen Führer vereinigten, mußten die sozialdemokratischen Führer doch später selbst zugestehen, daß sie in der Hauptsache vergeblich Reden und Geld aufgeboten. Auch der Arbeiter hatte sich nachgerade überzeugt, daß es hier nicht galt, seine Rechte zu beeinträchtigen, sondern in seinem eigenen Interesse dem bedrohten Staat zu Hilfe zu kommen. Doch die so wichtige Frage sollte nicht ausgehen, ohne daß auch hierbei dem Bildungsphilisterium der schuldige Zoll gebracht worden. Es war Herrn Prof. Dr. Sohm an der Spitze einer Anzahl Leipziger Professoren vorbehalten, zu diesem Zeitpunkt noch sein Schlachtroß zu besteigen und mit volltönenden Phrasen im Namen der gekränkten Menschenrechte das Bürgerthum zum Kampfe gegen die bösen Stände und gegen die böse Regierung aufzurufen. Nichts Geringeres als gänzliche Unfähigkeit, nichts Geringeres als Verrath an der Sache des Königs und Volkes war es, was dieser so plötzlich zum Bewußtsein seiner politischen Sendung gekommene Gelehrte der Regierung und den Ständekammern vorwarf. In der That, wenn man daran dachte, daß mit solchen Vorwürfen ein Mann an die Regierung und die Stände zu treten wagte, der bis dahin sich noch nie um unsere sächsischen Verhältnisse gekümmert, der bis dahin dem heißen Kampfe, der in Sachsen mit einer mehr als sonst ausgebildeten sozialdemokratischen Agitation um die werthvollsten Güter der Kultur geführt worden, sich gänzlich ferngehalten, dann fragt man sich billig, was den Herrn der Studirstube berechtigte, solche in ihrer Schwere nicht zu überbietende Vorwürfe gegen Regierung und Stände zu schleudern. Gottlob aber war es nicht das deutsche Bürgerthum von früher, das hier aufgerufen wurde. Herr Sohm fand mit seinem Aufruf ein Bürgerthum vor, das einer mit den reichsten Erfahrungen auf dem sozialen Gebiete ausgestatteten, von jeher von dem größten Wohlwollen gegen die Arbeiter erfüllten Regierung und seinen Abgeordneten mehr vertraute, als Entrüstungsredensarten eines Stubengelehrten, die von ebensolcher Unkenntniß der vaterländischen Verhältnisse zeugten, daß sich deren Urheber unmöglich ihrer Tragweite bewußt sein konnte. Die Zurückweisungen, die dem Herrn Professor Sohm damals in der Kammer und der Presse zu Theil wurden, fanden den ungetheilten Beifall und die Zustimmung aller ruhig Denkenden im Lande, und so nahm der Feldzug des Herrn Professor Sohm ruhmlos, wie er begonnen war, auch ein ruhmloses Ende, er ging aus wie das Hornberger Schießen.

Mit dem neuen Wahlrecht wird nicht die Absicht verfolgt, der sozialdemokratischen Partei den Zutritt zu dem vaterländischen Volksvertretungskörper völlig zu versperren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden auch in Zukunft verschiedene Wahlkreise in den Händen dieser Partei bleiben und damit der Sozialdemokratie die Möglichkeit der Verkündung ihres Dogmas auch ferner in der Zweiten Kammer gewahrt sein. Außerdem wird die Umgestaltung des Wahlrechts zu einem allgemeinen dieser Partei es noch mehr als bisher ermöglichen, bei Landtagswahlen eine Heerschau über ihre Anhänger zu halten. Wohl aber scheint die Gefahr, daß die sozialdemokratische Partei einer gedeihlichen Fortführung der Regierung ernste Hindernisse bereiten oder gar die Macht an sich reißen könne, bis auf Weiteres beschworen. Und dieser unter den gegebenen Verhältnissen schon sehr hoch zu veranschlagende Gewinn wird in keiner Weise durch die Besorgniß beeinträchtigt, daß damit irgend welchem Fortschritte der Weg vertreten würde. Nach wie vor werden — deß können wir versichert sein — Regierung und Stände mit dem Aufgebote aller ihrer Kräfte bestrebt sein, allen berechtigten Anforderungen, die die Gegenwart auf allen Gebieten, wie insbesondere auf dem Gebiete der Arbeiterfrage, stellt, voll gerecht zu werden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 17. März.

Berlin. Reichstag. Zur Berathung steht der Antrag v. Kardorff und Manteuffel, den Bundesrath zu ersuchen, die Bäckereiverordnung vom 4. März 1896 abzuändern. — Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) beantragt, hinzuzufügen: „In einer den berechtigten Interessen des Bäckereigewerbes entsprechenden Weise." — Abg. Pichler (Centr.) beantragt: In Erwägung: 1. daß bei den früheren Debatten über den Gegenstand das Bedürfniß einer Abänderung der Verordnung von der Mehrheit des Hauses anerkannt sei; 2. daß Erhebungen über den Effekt der Verordnung bundesrathsseitlich angeordnet sei; 3. daß vor Abschluß dieser Erhebungen ein Urtheil über die Art der nothwendigen Aenderungen der Verordnungen noch nicht möglich sei, über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Graf Stolberg (kons.): Seine Freunde wollten eine gesunde, zielbewußte Sozialreform, nicht eine solche, die sich von bloßen Theorien leiten lasse. Der Bericht der Arbeitsenquete-Kommission behaupte eine Gesundheitsschädlichkeit des Bäckereigewerbes, führe aber dafür keinen Nachweis, und in der That sei dies Gewerbe auch nicht gesundheitsschädlich. Seine Partei würde die Sache gleichwohl nicht hier zur Sprache gebracht haben, wenn es sich nicht um ein Handwerk, ein Mittelstandsgewerbe handelte, welches man doch gerade schonen und heben wolle. Das Beste wäre die Beseitigung der Verordnung, doch begnüge man sich mit Beschränkung der Verordnung auf die großen Betriebe in den Städten. — Staatssekretär v. Bötticher: Die Berichte der Einzelstaaten über die von der Reichsverwaltung angeordnete Enquete liegen jetzt vollständig vor; ihr Inhalt über die Wirkungen der Verordnung lautet ganz verschieden. Die Regierungen sind aber darin einig, daß ein sicheres Urtheil nach so kurzer Zeit noch nicht möglich ist. Die Regierungen von Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig, Anhalt und Schwarzburg-Sondershausen erklären, noch gar kein Urtheil abgeben zu können. Gegen eine sofortige Aufhebung oder Aenderung sind Preußen, Sachsen, Württemberg, Reuß j. L. Schwere Schädigungen werden konstatirt für einige Bezirke Bayerns, Hamburg, Thüringen; wieder in anderen Gebieten werden die Klagen der Bäckermeister als übertrieben bezeichnet, wirthschaftliche Schädigungen ganz bestritten. Die Mehrzahl der preußischen Regierungspräsidenten stelle fest, daß nicht einmal Unbequemlichkeiten für die Bäckermeister entstanden seien, und daß sich die Verordnung über alles Erwarten bewährt habe. Aus Württemberg liegen Berichte vor, wonach die Bäckermeister die Verordnung geradezu als Erlösung zu betrachten. Verschiedentlich sei eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Meistern und Gesellen wahrzunehmen gewesen, sowie eine Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Gesellen, weil die Sozialdemokraten behaupteten, nur ihnen sei die Verordnung zu verdanken. Andererseits aber konstatirt eine ganze Anzahl von Regierungspräsidenten, daß eine solche Zunahme des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Gesellen nicht stattgefunden habe, im Gegentheil, daß den Sozialdemokraten ein Kampfmittel entzogen worden sei. (Heiterkeit und Rufe: Hört, hört!) Eine Zusammenstellung aller dieser Einzelberichte werde demnächst sämmtlichen Einzelregierungen zugeschickt, damit dieselben darüber sich ein Urtheil zu bilden vermögen, welche Abänderungen etwa an der Verordnung vorzunehmen seien. Seiner persönlichen Ansicht nach würden solche Abänderungen vielleicht eintreten können in Bezug auf die Dauer der Arbeitszeit vor Sonn- und Festtagen. Für jetzt aber könne er jedenfalls nicht in Aussicht stellen, daß die Regierungen in eine Aufhebung oder Veränderung der Verordnung einwilligen würden, denn die Berichte ließen keinen Zweifel darüber, daß überall im Reiche die Regierungen der Meinung sind, daß eine erst so kurze Zeit nicht ausreicht, um ein zutreffendes Urtheil über die Wirkungen der Verordnung zu fällen. — Abg. Hitze (Centr.) bittet, die Zusammenstellung der Einzelberichte auch dem Reichstage zugängig zu machen und beantragt, bis dies geschehen ist, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen, zieht diesen Antrag aber zurück, nachdem Abg. v. Kardorff u. v. Stumm denselben als eine Vergewaltigung der Minorität erklärt haben. Abg. Bebel nimmt den Antrag auf Absetzung wieder auf, derselbe wird aber jetzt, da das Centrum nunmehr dagegen stimmt, abgelehnt. — Abg. v. Stumm begründet seinen Antrag unter Hinweis darauf, daß man bei der Eisenindustrie, wo die Arbeit eine viel schwierigere sei, noch nicht einmal an Anordnung einer Maximalarbeitszeit gedacht habe. — Abg. Augst (südd. Vp.) ist gegen eine völlige Aufhebung der Bäckereiverordnung, hält es aber für zweckmäßiger, an Stelle einer Maximalarbeitszeit eine Minimalruhezeit vorzuschreiben. — Abg. Hitze kann sich mit der Anregung des Staatssekretärs, für die Tage vor den Sonntagen und Festtagen Zugeständnisse zu machen, einverstanden erklären, wenigstens zu Gunsten derjenigen Bäckereibetriebe, welche volle Sonntagsruhe gewährten. Für den Antrag Kardorff könne er aber gegenwärtig nicht stimmen, um nicht etwa den Regierungen eine falsche Direktive zu geben. — Abg. Hilpert (Bauernbund) spricht sich gegen die Verordnung aus. — Abg. Hasse erklärt, die nationalliberale Fraktion bedaure, daß der Bundesrath von der Befugniß des § 120e zum ersten Male gerade an einer unrichtigen Stelle Gebrauch gemacht habe. Mißstände gebe es ja im Bäckereigewerbe, aber es sei unrichtig gewesen, die Reglementirung auf den Arbeitstag zu erstrecken. Seine Freunde würden daher den Antrag Kardorff mit dem Amendement Stumm annehmen. — Abg. Bielhaben (Ref.) beantragte einfache Aufhebung der Bäckereiverordnung, mit der die Regierung im sozialdemokratischen Fahrwasser segle und die Bäckermeister in dieses Fahrwasser treibe. — Abg. Schneider erklärt die Zustimmung der freisinnigen Volkspartei zu der motivirten Tagesordnung des Abg. Pichler. In namentlicher Abstimmung wird sodann der Antrag Pichler auf motivirte Tagesordnung mit 148 gegen 104 Stimmen angenommen. Dagegen

Pfund's Certificirte Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79. Trockenfütterung.

SLUB Wir führen Wissen.